Nr. 9 Zehnter Jahrgang | Einzelnummer 20 Pf. | Leipzig, 1. März 1929

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 10 Pf., 3 gespalt. Text zeile 40 Pf., Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung ermäßigte Preise. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeig.-Gebühr. on auswärts werden auf Postscheckkto. Leipzig Nr. 21690 unser Allg. Jüd. Familienbl. erbet. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart

Verlag und Redaktion:
Allgemeines Jüdisches Familienblatt
Leipzig, Gerberstraße 48/50 — Telephon 21516
Postscheckkonto Nr. 21690
Erscheint jeden Freitag. — Redaktionsschluß Dienstag mittag
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Bezugspreise Abonnenten werden bei allen Postämtern angenommen. Postbezug 80 Pfennige monatlich 2.40 M. vierteljährlich exkl. Bestellgeld Streifband-Bezug für Deutschland, Oesterreich Saargebiet Luxemburg Danzig Memelgebiet 1.20 M. monatlich, für das übrige Ausland 1.50 M. Bestellungen nehmen entgegen die Hauptgeschäftsstelle Leipzig: Gerberstraße 48/50, M. W. Kaufmann, Buchhandlung, Leipzig, Brühl; M. Gonzer, Berlin N 24, Oranienburger Straße 26; Dresden Weinsteinstraße Nr. 10, sowie Chemnitz M. Laufer Kasernenstraße Nummer 8

Neueste Frühjahrs-Stoffe
sind eingetroffen
Hodes
NEUMARKT 3

VARIETÉ
DREI LINDEN
März 1929
Ein Triumphzug internationaler Artistik!
Alberty-Truppe
Luftsensation 16 Meter über dem Zuschauerraum
Charlie
Der musikalische Seelöwe
Beide Akte gänzlich neu für Leipzig
Anfang 8 Uhr
Telephon Nr. 43543 · 43856

Chronik der Woche

107 Einreisevisa für Konstantinopler jüdische Flüchtlinge. Jerusalem. Die Palästina-Regierung hat Einreisevisa für 44 jüdische Flüchtlingsfamilien aus Konstantinopel mit 107 Seelen ausgefolgt. (JTA.)

Ein Bagdad-Jude organisiert den Orientverkehr mit Europa. Jerusalem. Der Bagdad-Jude Nafhaniel organisierte einen Auto-Warentransport Irak-Persien und Europa und errichtete Transit-Stationen in Aleppo, Damaskus und Beyruth.

Der See von Galiläa tritt über seine Ufer. Jerusalem. Der Kinereth-See, der auch als Tiberias-See und als der See von Galiläa bekannt ist, ist über seine Ufer getreten. Das den See umgebende Land, darunter auch Lord Melchetts Besitztum in Migdal, steht unter Wasser. (JTA.)

14 000 beschäftigte jüdische Arbeiter in Jerusalem-Jaffa-Haifa. Nur 1500 Arbeitslose. London. Wie das britische Kolonialamt heute mitteilt, sind gegenwärtig in den drei Städten Jerusalem, Jaffa und Haifa rund 14 000 jüdische Arbeiter beschäftigt und nur 1500 Juden arbeitslos. (JTA.)

Professor S. Weinger gestorben. Berlin. In Minsk verstarb Prof. S. Weinger, der bekannte jüdische Philologe und Direktor der jüdischen Abteilung der Universität Minsk. Der Berliner Verein zur Förderung des Jiddischen Wissenschaftl. Instituts gedachte in seiner letzten Sitzung des verdienstvollen jüdischen Gelehrten. (JTA.)

Reichspräsident von Hindenburg übernimmt die Ehrenpatenschaft für ein Kind des Altonaer Oberrabbiners. Altona. Der Herr Reichspräsident von Hindenburg hat die Ehrenpatenschaft für die Tochter Sarah des Herrn Oberrabbiners Dr. Joseph Carlebach übernommen. Es ist dies das neunte Kind des Oberrabbiners. (JTA.)

Chancellors Patronat über die Jerusalemer Med. Akademie. Jerusalem. Oberkommissar Sir John Robert Chancellor hat eine Abordnung der „Internationalen Medizinischen Akademie" in Jerusalem, bestehend aus den Aerzten Kaliban, Ticha und Katzenellenbogen empfangen und sich bereit erklärt, das Protektorat über die Akademie zu übernehmen. (JTA.)

Aufhebung der Immunität eines Ritualmordhetzers. München. Der bayerische Landtag hob die Immunität des nationalsozialistischen Abgeordneten Schemm auf, der in seinem Blatt „Der Weckruf" durch Zeichnungen und Artikel den Mord an dem Primaner Daube als „jüdischen Ritualmord" bezeichnet hatte. (JTA.)

Drei jüdische Gelehrte zu Mitgliedern der russischen Akademie der Wissenschaften gewählt. Moskau. Die russische Akademie der Wissenschaften in Leningrad hat die bekannten jüdischen Gelehrten Prof. Rjazanow, Präsidenten des Marx- und Engelsinstitutes, Debarin, Vizepräsidenten des Marx- und Engels-Institutes, und Lukin zu ihren Mitgliedern gewählt. (JTA.)

Der Wächter von Rechowoth nicht ermordet, sondern tödlich verunglückt. Jerusalem. Wie nachträglich festgestellt wurde, ist der Nachtwächter der jüdischen Kolonie Rechowoth, Joseph Ninewitsch, der Montag nachts erschossen aufgefunden wurde, nicht einem Morde, sondern einem tödlichen Unfall zum Opfer gefallen. Die tödliche Kugel stammte aus seinem eigenen Revolver, der sich anscheinend durch ein Versehen entlud. (JTA.)

Luftverkehr zur Messe in Tel Aviv. Jerusalem. Die Palästina-Regierung hat dem britischen Luftverkehrsamt vorgeschlagen, im Monat April, zur Zeit der Palästina- und Orientmesse in Tel Aviv die Orient-Luftverkehrsfahrzeuge in Tel Aviv landen zu lassen, damit die Messebesucher Gelegenheit erhalten, Tel Aviv auch auf dem Luftwege zu erreichen. (JTA.)

Hohe Auszeichnung für das Unterhausmitglied Samuel Samuel. London. Der König von England hat das Mitglied des Unterhauses Samuel Samuel, einen Bruder des verstorbenen Lord Swaythling, zum Offizier des Ordens St. John von Jerusalem ernannt. Herr Samuel Samuel tut sich auch in der jüdischen sozialen Fürsorge hervor und ist Vorsitzender des Komitees der jüdischen Volksküche. (JTA.)

Arbeitslosentumult im Bürgermeisteramt in Tel Aviv. Jerusalem. Eine Gruppe Arbeitsloser drang in das Stadthaus von Tel Aviv ein und forderte sofortige Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen. Als während der Ansammlung der Bürgermeister, Herr Dizengoff, sein Amtszimmer verlassen wollte, wurde er von den Arbeitslosen daran gehindert. Herbeigeeilte Polizei zerstreute die demonstrierenden Arbeitslosen und nahm fünf Verhaftungen vor. (JTA.)

Ein Theodor-Herzl-Denkmal in Haifa? Wien. Die Wiener Herzl-Freunde, die die Errichtung eines Herzl-Denkmals in Wien geplant haben, aber bisher von der Wiener Stadtbehörde einen Bescheid betreffend die Bewilligung eines Platzes nicht erhalten haben, erwägen die Aufstellung des Denkmals in Haifa, Palästina, wo der Stadtrat dem Denkmal einen bevorzugten Platz eingeräumt hat. Ein Teil der für das Denkmal notwendigen Summe von 30 000 Mark ist in Berlin bereits aufgebracht worden, der Rest soll in Wien, Neuyork und London aufgebracht werden. (JTA.)

Schwere Bestrafung von Arbeiter-Antisemiten und Polizisten. Moskau. Das Gericht in Witebsk verurteilte die Arbeiter Lichidow und Radowtschenko zu je einem Jahre Gefängnis, vier Arbeiterinnen zu je sechs Monaten Gefängnis wegen antisemitischer Ausschreitungen gegen jüdische Arbeitsgenossen und -genossinnen in der Fabrik Dwina, in der sie alle beschäftigt waren. In Ostrowno in der Nähe von Polozk in Weißrußland wurden der Polizist Schiglow zu vier Jahren, der Polizist Butianow zu 18 Monaten Gefängnis wegen schwerer Mißhandlung von Juden verurteilt. (JTA.)

Die Lage der Juden in Polen

Die jüdische Presse pflegt sehr oft Nachrichten über interne Parteistreitigkeiten der polnischen Juden zu veröffentlichen. Dadurch wird das Interesse des Auslands von den wichtigsten Problemen der polnischen Judenheit abgelenkt. Wie diese Probleme aussehen, belehrt nachstehender Aufsatz eines jüdischen Politikers aus dem Leben Polens.

„Der gesellschaftliche Antisemitismus ist dort nicht so vehement wie er vor einigen Jahren war, als der polnische Staat sich zu konsolidieren begann. Auch die starke Boykottbewegung der christlichen Bevölkerung gegenüber dem jüdischen Kaufmanns- und Handwerkerstand scheint geringer zu sein. Kraß und brutal ist hingegen der wirtschaftliche Kampf, der von der Regierung gegen die Juden geführt wird. Der gesetzliche und politische Deckmantel hierzu ist der sogenannte Etatismus oder die Sozialisierung. Die Verstaatlichung vieler Erwerbszweige stand in der ersten Zeit nach dem Kriege in Mittel- und Westeuropa in voller Blüte. Langsam und allmählich sind aber die Sozialisierungstendenzen in den Hintergrund getreten. Die Verstaatlichungstendenz sowohl im Handel als auch in der Industrie wächst lediglich in Polen in ganz unheimlicher Weise. In der gegenwärtigen polnischen Regierung sitzen kapitalistische und sozialistisch orientierte Minister. In einem Punkt sind sie aber einig: auf dem Gebiete der immer stärkeren Verstaatlichung. Die Vertreter des Kapitalismus in der Regierung wollen durch Verstaatlichung gewissermaßen dem Mangel der wirtschaftlichen Initiative abhelfen, an welcher es dem polnischen Volke gebricht. Die sozialistischen Minister hingegen erblicken im Etatismus die Anfänge der sozialistischen Gesellschaftsordnung. So wird ein Erwerbszweig nach dem andern nicht nur in der Industrie, sondern auch im Handel verstaatlicht. Der polnische Staat versucht z. B. sogar den Handel mit Getreide, Holz und Petroleum zu verstaatlichen. Viel ist in dieser Beziehung zum Nachteile der städtischen Bevölkerung schon geschehen; viel wird erst vorbereitet. Wie weit die Sozialisierung um sich gegriffen hat, ist daraus zu ersehen, daß der polnische Staat mehr Arbeiter und Beamte in seinen wirtschaftlichen Betrieben beschäftigt als alle privaten Handelsindustrien in den polnischen Landen überhaupt. Dieser Verstaatlichungsprozeß geht vor allem auf Kosten der jüdischen Bevölkerung. Die Folge der Sozialisierung irgendeines Betriebes oder irgendeines Betriebszweiges bedeutet die gänzliche oder teilweise Depossedierung von hunderten und tausenden jüdischer Wirtschaftsobjekte. Diese Verdrängung der Juden aus ihrer wirtschaftlichen Position geschieht in einer so erschreckenden Weise, daß man den Eindruck gewinnen kann, es handle sich manchmal bei der polnischen Regierung mehr um die Entjudung als um die Sozialisierung. Bemerkenswert ist, daß infolge der konsequenten Durchführung der Verstaatlichungstendenzen in Polen nicht nur der jüdische Großkaufmann und Industrielle, der Zwischenhändler und der Vermittler verdrängt wird, sondern auch der jüdische Arbeiter. In den Betrieben, die verstaatlicht werden, werden nämlich fast ausschließlich christliche Arbeiter aufgenommen, neue jüdische Arbeiter werden nicht angestellt und die Arbeiter jüdischer Abstammung, die von früher in den sozialisierten Betrieben gearbeitet haben, werden verdrängt. So nimmt man dem jüdischen Arbeiter in brutaler Form das primitivste Recht — das Recht auf Arbeit. Vor Jahren waren in den Tabakfabriken Polens 20 000 jüdische Arbeiter beschäftigt. Jetzt — nach erfolgter Sozialisierung der

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id417009437-19290301/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG